

Ratsmehrheit will überarbeitetes Budget

FINANZEN Nach einer intensiven Debatte hat der Kantonsrat das Budget 2026 sowie den Aufgaben- und Finanzplan zurückgewiesen. Das Ausgabenwachstum sei zu gross, findet die bürgerliche Mehrheit. Die Ratslinke stand hinter der Regierung. Trotz beherzten Einsatzes hatte sie keine Chance.

von **David Koller**

Das Wort «Monsterdebatte» ist wohl nicht ganz unangebracht: Begonnen hatte die intensive Diskussion rund um die Kantonsfinanzen am Montagnachmittag um 14 Uhr. Die Schlussabstimmung erfolgte am Dienstagnachmittag. Erwartungsgemäss waren zuvor politische Weltanschauungen aufeinandergeprallt. Entsprechend intensiv und teils gehässig waren die Auseinandersetzungen. Dabei war von Anfang an klar, dass sich die bürgerliche Ratsmehrheit letzten Endes durchsetzen und das Budget 2026 nicht genehmigen wird. So kam es denn auch. Mit 80 zu 35 lehnte der Kantonsrat den Voranschlag 2026 ab. Jetzt müssen Verwaltung, Regierung – aber auch kantonsrätliche Kommissionen – nochmals über die Bücher und eine neue Version ausarbeiten. Anfang Dezember, an der letzten Session des Jahres, wird das Parlament darüber befinden. Auch dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) für die Jahre 2026 bis 2029 verwehrt der Kantonsrat die Zustimmung.

Bürgerlicher Rat gegen bürgerliche Regierung

Das zurückgewiesene Budget sah einen Aufwandüberschuss von 12 Millionen Franken vor, das mit einem vom 1,55 auf 1,45 Einheiten gesenkten Steuerfuss. Der Antrag auf Rückweisung kam von der vorberatenden Planungs- und Finanzkommission (PFK). Als Hauptgrund nannte das von Ruedi Amrein (FDP, Malters) präsidierte Gremium das starke Wachstum des Sach- und Personalaufwands und den damit verbundenen Aufbau neuer Stellen: 2026 sollten die Ausgaben gemäss des von der Regierung vorgelegten Budgets um 6,9 Prozent steigen. Der PFK ist das zu viel. Zwar gehe es dem Kanton derzeit gut, sagte ihr



Finanzdirektor Reto Wyss muss innerhalb von sechs Wochen den Voranschlag überarbeiten. Die bürgerliche Ratsmehrheit hat das Budget 2026 nicht genehmigt (Archivbild). Foto Keystone/Philipp Schmidli

Mitglied Daniel Piazza (Mitte, Malters). «Doch wir sollten die Robustheit der Finanzen nicht überschätzen.» Ins selbe Horn stiess FDP-Fraktionschef Patrick Hauser (Adligenswil): «Bleiben wir auf dem Weg der Tugend.» Die Mehrheit des Parlaments sah es gleich.

Rückendeckung erhielt die zu 80 Prozent bürgerliche Regierung ironischerweise einzig von der Ratslinken. Diese plädierte für eine Annahme des Budgets. Trotz eines gut orchestrierten Auftritts blieb sie ohne Chance.

Ausgabenwachstum bremsen

Die Mehrheit des Parlaments fand, dass das Ausgabenwachstum grundsätzlich maximal dem Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent entsprechen solle. Ausnahmen machen sollte die Regierung bei den gebundenen Ausgaben, den wachstumsbedingten Ausgabensteigerungen, bei der Mobilität, bei der Justiz und Polizei sowie bei der Standortförderung. Wäh-

rend der Debatte brachten Grüne und SP dutzende Anträge ein, mit denen weitere Gebiete von den anstehenden Streichungen ausgenommen werden sollten (siehe «üsi Rotsfroue ond -herre», Seite 4). In den meisten Fällen ohne Erfolg.

PFK-Mitglied Andreas Bärtschi (FDP, Altishofen) sagte zum Rückweisungsantrag, es gehe nicht um ein Kürzen und Sparen, sondern darum, das Wachstum zu bremsen. «In den letzten Jahren haben wir eine ständig steigende Staatsquote und ein ungebremstes Ausgabenwachstum erlebt.» Als Beispiel nannte er den von der Regierung geplanten raschen Personalausbau wegen der Digitalisierung. Mitte-Fraktionschef Adrian Nussbaum (Hochdorf) fügte an, mit der Rückweisung nehme der Kantonsrat angesichts des von der Regierung geplanten hohen Wachstums das Heft wieder in die Hand. «Rückweisung gleich Chance», sagte SVP-Fraktionschef Rolf Bossart (Schenkon). Er sei zuversichtlich,

dass der Regierungsrat ein akzeptables Budget vorlegen werde. Die Ratslinke hingegen warnte vor dem Risiko, nach 2012 und 2017 drohe erneut ein budgetloser Zustand, weil sich das Parlament im Dezember nicht einigen könne. Die Gegenseite sah das gelassener. Darum finde der Budgetprozess seit einiger Zeit im Oktober statt, sagte Adrian Nussbaum. «Damit wir diskutieren und Nachbesserungen verlangen können.»

Wirtschaftswachstum als umstrittene Richtschnur

PFK-Mitglied Reto Frank (SVP, Meggen) erklärte, das Wirtschaftswachstum sei eine gute Richtschnur für das Ausgabenwachstum. Dem widersprach Priska Fleischlin (SP, Geuensee), auch sie ist in der PFK. Eine solche Kopplung entbehre jeder Logik. Die bürgerlichen Fraktionen gefährdeten mit ihrem «undifferenzierten Vorgehen» die Grundversorgung im Kanton, so Fleischlin weiter. Eva

Lichtsteiner (Grüne, Willisau) nannte es «etwas naïv», sich am Bruttoinlandprodukt (BIP) zu orientieren, wie das vorgeschlagen wurde. Denn das BIP sage nichts darüber aus, «welche Umstände und Gegebenheiten hinter den wirtschaftlichen Aktivitäten stehen», so das PFK-Mitglied.

Mehrere linke Votantinnen und Votanten kritisierten, dass keine konkreten Sparmassnahmen vorlägen. Die Rede war von einer «Rasenmäher-Finanzpolitik». Der Kantonsrat nehme sich aus der Verantwortung, sagte Mario Cozzio (GLP, Sursee), denn was gekürzt werden solle, benenne er nicht. Es sei nicht zielführend, die Ausgabenkeule zu schwingen – und genauso wenig, innert kurzer Zeit das Budget zu überarbeiten. SP-Fraktionschefin Simone Brunner (Luzern) warf der bürgerlichen Ratsmehrheit vor, einseitig wirtschaftliche Interessen zu schützen und die gesellschaftlichen zu vernachlässigen. Diese Finanzpolitik bringe eine Umverteilung von unten nach oben.

Laura Spring (Grüne, Luzern) erklärte, die Rückweisung Sorge für Verunsicherung und schädige das Vertrauen in die Politik. In dieselbe Kerbe schlug Sarah Bühler-Häfliger (SP, Schötz). In den kantonsrätlichen Fachkommissionen würden differenzierte, fachliche Lösungen erarbeitet und dazu alle Meinungen einbezogen. «Es braucht Vertrauen, damit sich alle auf den angedachten Kompromiss einlassen können.» Was jetzt passiere, erschüttere dieses Vertrauen. «In diesem AFP- und Budget-Prozess ist die Planbarkeit abhandengekommen.»

Aufgaben- und Finanzplan ebenfalls abgelehnt

Während den intensiven acht Stunden diskutierte der Kantonsrat nicht nur über das Budget, sondern auch über den Aufgaben- und Finanzplan bis 2029. Dieser zeigt die vorgesehene Entwicklung der Kantonsfinanzen in den nächsten vier Jahren auf. Den AFP lehnte das Parlament einstimmig ab – indes aus unterschiedlichen Gründen. Die Bürgerlichen, weil in ihren Augen die Staatsquote zu stark steigt. Die Ratslinke wegen den geplanten Steuersenkungen. Auch im AFP soll künftig das Ausgabenwachstum an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, entschied die Mehrheit von Mitte, SVP und FDP.

Bericht entlastet Dienststelle

KANTON Die Administrativuntersuchung zur Dienststelle Immobilien des Kantons Luzern hat keinen straf- oder personalrechtlichen Handlungsbedarf zutage gefördert. Dennoch hat die Geschäftsleitung Aufgaben erhalten, wie die Staatskanzlei am Donnerstag mitteilte.

Die Untersuchung wurde von einer externen Anwaltskanzlei durchgeführt. Eine grosse Mehrheit der befragten Mitarbeitenden bewertete die Zusammenarbeit innerhalb der Teams positiv, wie die Staatskanzlei in einer Mitteilung schrieb. Verbessert werden müsse jedoch die teamübergreifende Zusammenarbeit. Das zeige der Bericht deutlich auf.

Die Departementsleitung habe der Geschäftsleitung den Auftrag erteilt, Prozesse innerhalb der Dienststelle zu optimieren und eine Vertrauenskultur aufzubauen, die den Mitarbeitenden aktuell fehle, schrieb die Staatskanzlei weiter.

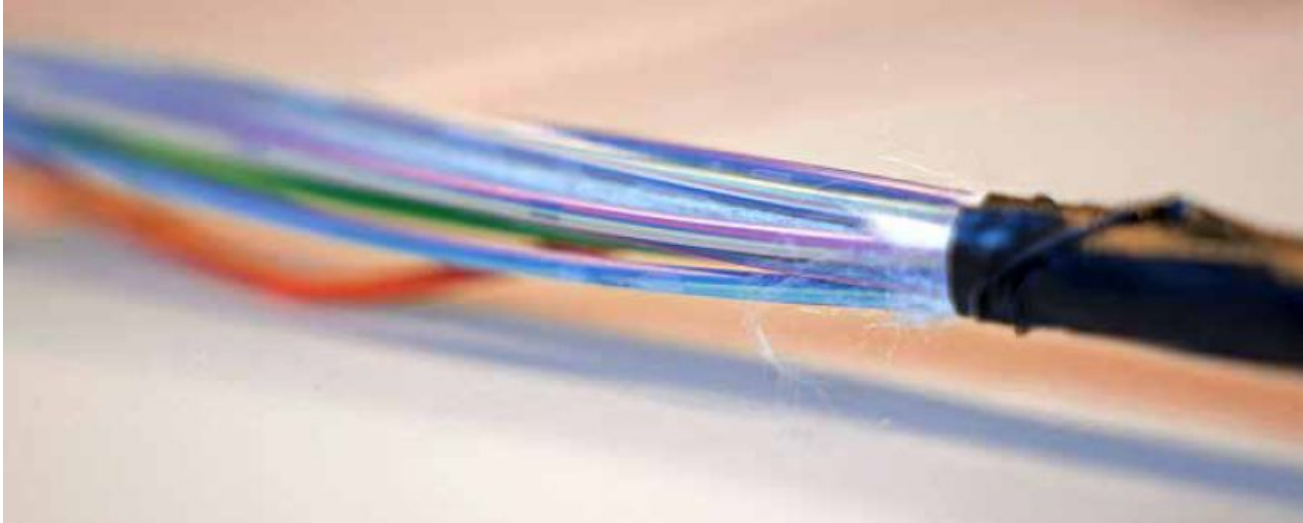
Der Kanton Luzern hatte das Arbeitsverhältnis mit dem damaligen Kantonsbaumeister per Ende letztem April in gegenseitigem Einvernehmen aufgelöst. Dies, nachdem mehrere Mitarbeitende gekündigt hatten. **sda**

Prioris-Bauarbeiten kurz vor Start

REGION Bis am 15. September war in den 13 Prioris-Gemeinden die Bestellung von Glasfaseranschlüssen möglich: Die Verantwortlichen sind zufrieden. Und lassen weiterhin einen Türspalt für Anmeldungen offen.

von **Hubert Stäger**

«Wir sind zufrieden», sagt Prioris-Verwaltungsratspräsident Franzsepp Erni. Denn nach abgeschlossener Bestellfrist für Glasfaseranschlüsse ist nun klar: In Ruswil und Fischbach kann der Ausbau vorgenommen werden. In den Bauzonen ist die Erschliessung fix, ausserhalb nur mit Ausnahme von «Härtefällen» – etwa solche Haushalte, die aufgrund ihrer Lage und vorhandener Infrastruktur nicht wirtschaftlich mit Glasfaser erschlossen werden können. Bei diesen gelte es dann mit Eigentümerinnen und Eigentümern sowie mit der Swisscom gemeinsam nach Lösungen zu suchen, so Erni. Um möglichst viele Haushalte ausserhalb der Bauzone zu erschliessen, hat die Gemeinde Fischbach angekündigt, ebendiese Kosten zu übernehmen, wie sie in der Oktoberausgabe der Dorfzeitung «Hecht» mitteilt. Über den entsprechenden Sonderkredit befinden die Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung vom 26. November.



Glasfaseranschlüsse sollen in den Prioris-Gemeinden für ultraschnelles Internet sorgen. Symbolbild Hubert Stäger

Über die Erschliessungen in den restlichen Gemeinden soll bis Mitte November entschieden werden.

Anmeldungen weiterhin möglich

Im August hiess es an einem Hintergrundgespräch mit Medien: Nach Ablauf der Bestellfrist könne man Jahreszahlen hinter den Baustart in den Gemeinden setzen. Ist jetzt klar, wann die Bagger auffahren? «Nein, bis am 27. Oktober nehmen wir noch Anmeldungen entgegen», antwortet Franzsepp Erni. Grund für die Fristverlängerung: «Das ist unser letzter Effort. Wir wissen nun, in welchen Gemeinden es noch

Potenzial gibt. Darum haken wir bei einigen Eigentümerinnen und Eigentümern nochmals nach.» Schon im August machten die Swisscom- und Prioris-Verantwortlichen klar: «Sobald die Bagger auffahren, ist es zu spät für Anschlussbestellungen.» Jene ausserhalb des Prioris-Basisvertrages könnten Mehrkosten von mehreren Tausend Franken verursachen – je nach Lage des Haushaltes.

Baustart: noch dieses Jahr

Ein genauer Zeitplan für die Vorbereitungen zu den Bauarbeiten könnte schon im November definiert werden, so Franzsepp Erni. Klar sei: Beginnen

werden sie in den Gemeinden Fischbach und Ruswil noch heuer. Entlebuch und Hergiswil folgen. Denn dort hat die Swisscom vor rund einem Jahr mit der Erschliessung begonnen – damals noch als Konkurrentin zur Prioris-Initiative, nicht als Partnerin. Erst seit diesem Frühling ziehen Prioris und Swisscom am selben Strick. Dies nach Verhandlungen mit Beteiligung von nationalen Politikerinnen und Politikern sowie Energieminister Albert Rösti. Gemeinsam sind sie dem Prioris-Ziel nun einen Schritt nähergekommen: die Gemeinden der Region Luzern West mit ultraschnellem Internet zu versorgen.